

Auf zu einem nuklearwaffenfreien Europa

Zwei Tatsachen wirken wie ein riesiger Bremsklotz auf dem Weg zu einem nuklearwaffenfreien Europa:

Das Militärbündnis NATO definiert sich in seinem Selbstverständnis beinhart als nukleares Bündnis. Die beiden Gegner der NATO sind Russland und China. Nur durch das Dogma der nuklearen Abschreckung könne Sicherheit und Schutz für die Bevölkerung erhalten bleiben.

Russland andererseits definiert den Prozess der NATO-Osterweiterung und die zunehmende Annäherung der Ukraine an das westliche Militärbündnis spätestens seit 2008 als Bedrohung für die eigene russische Identität und den dazu gehörigen Einflussraum. Wie die NATO setzt Russland auf das Dogma der nuklearen Abschreckung.

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist ein bisher mit konventionellen Waffen geführter Krieg und bringt uns Menschen in Europa jetzt an den Rand des Atomkriegs, der die Menschen, das Leben und die Natur auf unserem Planeten zerstören wird. Was also tun?

Ausgelöst durch diesen Angriffskrieg auf die Ukraine erleben wir zurzeit einen Bewaffnungsreflex aller direkt und indirekt beteiligten Staaten mit dem Schwerpunkt in Europa. Die Denk- und Handlungsmuster von Politik und Massenmedien befindet sich im Modus der Kriegslogik. Kriegslogik baut auf dem „Mythos der erlösenden Gewalt“ auf. Wir Menschen spüren Gefühle von absoluter Ohnmacht, Angst und Verunsicherung.

Mit dem Ruf nach immer mehr Waffen und immer schwereren Waffen, die NATO -Länder an die Ukraine schicken, sollen die massiven Ängste vor einem Atomkrieg in der Bevölkerung beschwichtigt werden. FDP - Politikerin Frau Strack Zimmerman behauptet in dieser Situation, die Ängste der Menschen in Deutschland wären gar nicht real, sie seien pathologisch, das sei das typische Phänomen der „German Angst“. Ein Begriff, den wir aus den Tschernobyl-Diskussionen kennen, wo die Ängste in der Bevölkerung vor der Tödlichkeit radioaktiver Verstrahlung ebenfalls so diffamiert werden.

Und die Sicherheitsexpertin Claudia Major von der Stiftung Wissenschaft und Politik, eine von den Medien gern interviewte Sicherheitsexpertin, behauptet Atomwaffen seien eine „Lebensversicherung“. Wie absurd! Will sie damit die Menschen in Deutschland von der „German Angst“ heilen?

Als Psychiaterin halte ich für grundlegend, dass wir eigene Ängste und Ängste in der Bevölkerung ernst nehmen. Sie sind doch Ausdruck von Realangst. Ängste akzeptieren, und daraus neue Auswege aufzuzeigen, das hilft.

Deshalb ist unsere Botschaft, unsere Aufklärung so wichtig. Dass die Politik jetzt mit aller oberster Priorität einen Atomkrieg verhindern muss.

Denn anstatt Sicherheit zu schaffen, macht der Besitz von Atomwaffen den Ukraine-Krieg über alle Maßen explosiv. Es ist naiv, zu erwarten, dass der Einsatz von Atomwaffen verhindert wird, solange weiterhin am Paradigma der nuklearen Abschreckung festgehalten wird. Denn die Gefahr von menschlichen oder technischen Fehlern ist extrem hoch. Wir haben die Chance, jetzt am irrwitzigen Dogma der nuklearen Abschreckung jetzt in unseren Diskussionen mit unseren Nachbarn, mit Politiker:innen und Diplomati:innen zu rütteln. Sollte es zu einem

Erstschlag kommen, können Automatismen und eine Eskalation zu einem globalen Atomkrieg führen.

Welche Ideen und welche konkreten Schritte, kurz- und mittelfristig, stellen wir uns vor, um Europa nuklearwaffenfrei zu machen?

1. Als Erstes müssen die Atomwaffenstaaten Zugeständnisse machen. Russland und die USA besitzen 90 Prozent aller Atomwaffen. Beide Regierungen haben erst am 3. Januar 2022 zusammen mit China, Großbritannien und Frankreich erklärt, dass sie anerkennen, dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und nie geführt werden darf. Russland und die USA könnten jetzt gemeinsam und rechtsverbindlich der Weltöffentlichkeit erklären, dass sie einen Ersteinsatz von Atomwaffen ablehnen. Danach könnten schrittweise alle neun Atommächte dieser Erklärung beitreten. Das wäre der erste Schritt der Atomwaffenmächte zum Atomwaffenverbotsvertrag.
2. Weitere mögliche Schritte betreffen diejenigen europäischen NATO-Länder, die auf ihrem Territorium US- Atomwaffen gelagert haben. Belgien, Deutschland, Italien, Niederlande und Türkei. Warum soll die NATO zwingend ein nukleares Bündnis sein? Die Staaten der nuklearen Teilhabe können gerade in Hinsicht auf den Ukrainekrieg Schritte in Aussicht stellen, dass sie auf die Stationierung von Atomwaffen verzichten, um dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Dafür müsste Russland seine taktischen Atomwaffen aus Kaliningrad und aus der Nähe zur ukrainischen Grenze zurückziehen.

Solche Forderungen aufzustellen, bedeutet vor allem, dass NATO-Länder gegenüber Russland neue übergeordnete Ziele für den Frieden in Europa mit auf den Verhandlungstisch legen.

3. Anlässlich des schwedischen Beitrittswunschs zur NATO fordern die Schwedischen Ärzt:innen gegen Atomwaffen (SLMK) sicherzustellen, dass Schweden atomwaffenfrei bleibt - sowohl territorial als auch in der Politik. Zuallererst solle Schweden unverzüglich der UN-Konvention zum Verbot von Atomwaffen beitreten.
4. Damit die schwedische Regierung hier nicht gleich unter dem massiven zu erwartenden Druck einknickt, müssen wir IPPNW Sektionen an unsere eigenen Regierungen verstärkt den Beitritt zum AVV Fordern und auf das Beispiel Schweden verweisen, das jetzt in diesem Begehren unterstützt werden muss. Atomwaffen machen uns zum Angriffsziel, auch im Ukraine Krieg, sie können keinen Schutz gewähren, sie sind brandgefährlich, denn sie bereiten auf einen Atomkrieg vor. Unsere Botschaft heißt: Auf mittelfristige Sicht ist der AVV die einzige Antwort auf die Doktrin der nuklearen Abschreckung und eine Garantie für echte gemeinsame Sicherheit.
5. Es geht also darum, dass Europäische Länder mit einer gemeinsamen Stimme Schritte zum Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag fordern.

Die 150 US-Atombomben, die in den fünf NATO-Ländern der Nuklearen Teilhabe, Deutschland, Belgien, Niederlande, Italien und der Türkei stationiert sind, müssen Schritt für Schritt abgezogen werden. Das ist unser gemeinsames Ziel. Aktuell sind neue Pläne der USA, nach 14 Jahren Unterbrechungen, jetzt wieder US- Atomwaffen in Großbritannien zu stationieren, Anzahl unbekannt. Nukleare Abschreckung ist die konkrete Vorbereitung zum Atomkrieg, denn die Stationierungsorte der

Atomwaffen in Europa sind dem russischen Militär bekannt. Stationierte Atomwaffen wirken wie ein Zielpunkt für den Gegner, sie gefährden uns.

1. Die europäischen Regierungen der nuklearen Teilhabe sollten gemeinsam an die NATO-Führungsmacht USA sowie Russland herantreten und fordern, dass beide Atommächte gemeinsam auf den Ersteinsatz von Atomwaffen verzichten. Dies wäre ein europäischer Beitrag zur Deeskalation auch im Ukrainekrieg.
2. No-first-use muss zentraler Teil einer Europäischen Friedensbewegung werden, dafür müssten Persönlichkeiten besonders aus osteuropäischen Ländern und von Wissenschaftler:innen, Künstler:innen und weiteren Persönlichkeiten gefunden werden, die aus Russland geflohen sind.
3. Die europäischen NATO-Staaten der nuklearen Teilhabe könnten sich gemeinsam Entschädigung und -Schadenwiedergutmachung nach Artikel 6 und 7 engagieren. Durch diesen gemeinsamen Schritt, würden sie den Schäden und dem Unrecht, die durch den Einsatz und Tests von Atomwaffen entstanden sind, Anerkennung und Gewicht geben. Sie könnten gemeinsam mit ersten Projekten zur Umweltsanierung beginnen und operative Instrumente für ein Netzwerk von Staaten und einen Fonds schaffen, der sich dieser Verpflichtung annimmt. Mit der Entschädigung und Sanierung soll vergangenes Unrecht im nuklearen Bereich kompensiert und Haftung übernommen werden. Im Netzwerk können und sollen auch Staaten mitarbeiten, die keine Vertragsstaaten sind.

Auf mittelfristige Sicht ist der Atomwaffenverbotsvertrag die einzige Antwort auf die Doktrin der nuklearen Abschreckung und eine Garantie für echte gemeinsame Sicherheit.